

Pressemitteilung
Nr.229/2020
Kiel, 19.11.2020

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schleswig-Holstein sollte sich Berliner Klage anschließen

Nach wiederholter Weigerung Horst Seehofers, Flüchtlingsaufnahmeprogramme von Ländern und Kommunen zu genehmigen, hat der Berliner Senat am Dienstag beschlossen, Klage gegen den Bundesinnenminister zu erheben. Hierzu erklärt der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms:

Wedel machte einst den Anfang. Es folgten Sylt, Schleswig-Flensburg, die Stadt und Kreis Plön, Lübeck, Nordfriesland, Kiel, Husum, Flensburg und viele weitere: Ganze 16 Kommunen und Kreise in Schleswig-Holstein haben sich mittlerweile zu Sicheren Häfen erklärt. Sie alle haben sich bereit erklärt, schutzsuchende Geflüchtete aufzunehmen. Angesichts der Tragödie im griechischen Lager Moria erklärte sich schließlich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag bereit, Geflüchtete aufzunehmen.

Allein: Passiert ist nichts, weil Bundesinnenminister Seehofer sich schlicht weigert, den Aufnahmeprogrammen seine Zustimmung zu erteilen. Deshalb ist es nur konsequent und richtig, dass der Berliner Senat jetzt Klage erhebt um prüfen zu lassen, wie weit die Macht des CSU-Innenministers eigentlich reicht.

Es ist an der Zeit, dass auch der Norden seine Stimme gegen Seehofers Blockadehaltung erhebt. Schleswig-Holstein sollte sich der Berliner Klage anschließen.